

könnten, interpretiert er die Entwicklung des Rechts seit dem 19. Jhd. als einen Prozess der „Erosion“, gar der „Vernichtung des Rechts“ (57) bzw. der „globale[n] Rechtsauflösung“ (58) und behauptet „den globalen Rechtsabbau“ (67; letzterer sei im Übrigen „immer auch ein Menschenrechtsproblem“ – wieso, verrät uns der Autor leider nicht). Als Ursachen dafür identifiziert er „Umbrüche der Globalisierung“, den „Unilateralismus der USA“ und „moralisch-religiöse Kreuzzüge“. Infolgedessen konstatiert er einen „Konsens der Gesellschaft zur Aufgabe nahezu aller Freiheitsrechte“ (64). An welche Gesellschaft er dabei denkt und welche Belege diese Behauptung stützen könnten: man erfährt es nicht. *Albrechts* abschließende „Freudlose Conclusionen“ bieten neben einem Kurzreferat eines Aufsatzes von Teubner und einem geradezu fahrlässigen, erschreckend undifferenzierten Umgang mit schwierigen Fragen der praktischen Ethik (aktive Sterbehilfe, gerechte Verteilung von Gesundheitsgütern) eine zornige Tirade über „das Schleifen der Universitäten“ in Deutschland (70).

Mit der Problematik der Vereinbarkeit von Rechtsstaatlichkeit und Absprachen in Strafprozessen befasst sich der kurze Beitrag des ehemaligen Richters am Bundesgerichtshof *Martin Niemöller* (73-85). Der Text liest sich wie eine (um Fußnoten ergänzte) Abschrift eines Mitschnitts des Vortrags. Was in der gesprochenen Version wohl anschaulich und locker wirkte, hätte in der Schriftform an vielen Stellen der Überarbeitung bedurft. Der Autor skizziert das Spannungsverhältnis zwischen rechtsstaatlich unhintergehbaren Prinzipien und rechtlichen Vorgaben einerseits und der in der deutschen Strafjustiz anscheinend gängigen „Dealpraxis“ ande-

rerseits. Das ist wenig erhelltend, und auch das Fazit bleibt undeutlich, da *Niemöller* zwar eine gesetzliche Regelung zu wünschen scheint, aber zugleich meint, es gebe „kaum Möglichkeiten“, dadurch die angesprochenen Probleme wirksam zu überwinden.

*Wolfgang Hoffmann-Riem*, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, buchstabiert zum Schluss unter dem Titel „Versammlungsfreiheit für Rechtsradikale – Kapitulation des Rechtsstaats?“ (87-105) Bedeutung und Reichweite der Versammlungsfreiheit im liberalen demokratischen Rechtsstaat durch und argumentiert, dass die gebotene politische Neutralität und „praktische Konkordanz“ bei der Interpretation der Grenzen der Versammlungsfreiheit ebenso wie Klugheitsgründe für einen gelasseneren Umgang mit rechtsradikalen Versammlungen und öffentlichen Äußerungen sprechen, als in der Bundesrepublik oft üblich. Dieser Text ist gut lesbar, geht aber nicht über das hinaus, was der Verfasser in früheren Publikationen schon zum Thema beigetragen hat.

*Ruth Zimmerling*

## EUROPÄISCHE INTEGRATION

Baasner, Frank (Hrsg.). *Migration und Integration in Europa*. Baden-Baden: Nomos 2010. 350 Seiten. 48 €.

Findet Europa eine überzeugende gemeinsame Politik für den Umgang mit den Chancen und Herausforderungen internationaler Migration oder stellt jeder Mitgliedstaat die vermeintlichen nationalen Interessen eigennützig voran? Geht es der EU vor allem um die Verhinderung unerwünschter Wande-

rungsbewegungen oder um die Förderung erwünschter Migration? Welchen Leitbildern folgt die Integration der Zuwanderer, und gibt es hier überhaupt europäische Gemeinsamkeiten? Vor über einem Jahrzehnt haben sich die Mitgliedstaaten der EU und die Organe der Gemeinschaft auf den Weg zu einer harmonisierten (und zum Teil bereits vergemeinschafteten) Politik der Steuerung von Migration aus Drittstaaten begeben. Die bisherigen Ergebnisse ernüchtern insgesamt mehr, als dass sie ermutigen. Zu kritisieren ist, dass es statt eines kohärenten Gesamtkonzepts eher einen Flickenteppich aus sektoralen Einzelregelungen zum Umgang mit bestimmten Gruppen gibt, und dass Europa auf Herausforderungen, die schon lange bekannt sind und wiederkehren, etwa die spontane Ankunft von Bootsfüchtlingen an den südeuropäischen Küsten, immer wieder so reagiert, als sei man zum ersten Mal damit konfrontiert. Gleichzeitig mehren sich in letzter Zeit die Anzeichen dafür, dass die Europäisierung der Migrationspolitik von einem Drang zur Re-Nationalisierung überlagert wird. Anzuerkennen ist, dass es mittlerweile kaum noch Formen der internationalen Migration gibt, die neben nationalen Gesetzen nicht auch EU-Mindestnormen unterliegen.

Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg und Professor für romanische Philologie in Mannheim, hat einen Sammelband vorgelegt, der sich dem Themenkomplex „Migration und Integration in Europa“ widmet, also dem Gesamtspektrum an Einzelfragen, um deren Beantwortung die Staaten und Gesellschaften in Europa ringen. Baasner stellt einleitend fest, dass zwischen dem viel zitierten „Clash of Civilizations“

und einem „paradiesischen multikulturellen Biotop“ eine „komplexe, dynamische und spannungsgeladene Wirklichkeit“ liege, die es zu beobachten gelte, um differenziert handeln zu können (8). Nicht weniger als eine solche Beobachtung, eine Bestandsaufnahme der Probleme rund um Migration und Integration in den Staaten der EU, ist Ziel des Bandes. Der Herausgeber kommt dabei zu dem Ergebnis, dass bislang alle nationalen und europäischen „Modelle“ gleichermaßen gescheitert seien oder sich zumindest als sehr begrenzt erwiesen hätten. Debatten um eine „nationale Identität“ seien oft hilf- oder ratlos, die Reformbereitschaft der Bevölkerungen sei ebenso mäßig wie der Reformmut der Regierungen (9). Als positive Entwicklungen wertet der Autor indes eine „allmähliche Tendenz zur Konvergenz der Debatten“ (11) durch gesamteuropäische Bemühungen um eine harmonisierte Zuwanderungs- und Integrationspolitik, aber auch durch einen intensiveren Erfahrungsaustausch der Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene innerhalb der einzelnen Staaten.

Der Sammelband versucht, zwei Arten von Beiträgen zu bündeln. Die einen befassen sich in Form von Länderprofilen mit der jeweiligen Zuwanderungs- und Integrationssituation in einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Die anderen bieten Fallstudien zu Detailfragen der Wanderung und Integration, vor allem aus den Bereichen der Bildung und des Arbeitsmarkts. Wie der Autor selbst einräumt, lassen sich die Ergebnisse der einzelnen Beiträge nicht kurz zusammenfassen. Dies dürfte indes nicht nur daran liegen, dass, wie Baasner schreibt, Länder unterschiedlichen Typs behandelt werden, etwa „alte“ Einwanderungsländer und solche, die

erst vor wenigen Jahrzehnten zu Einwanderungsländern wurden, sondern auch daran, dass die einzelnen Beiträge höchst unterschiedlich konzipiert wurden. Ein gemeinsames Muster für die Länderprofile war bei der Erstellung der einzelnen Beiträge offensichtlich nicht vorhanden. Manche befassen sich fast ausschließlich mit Integrationsfragen, andere mit Einwanderungsdiskursen, wieder andere mit Europäisierungstendenzen. Erschwerend kommt hinzu, dass manche Beiträge deskriptiv bis analytisch sind, während andere – teilweise bis hin zur Penetranz – normativ und wertend auftreten. Schnell drängt sich so die Vermutung auf, dass es für dieses Buch keinen roten Faden gab – das Ergebnis ist ein Potpourri aus teilweise hochinteressanten, letztlich aber unzusammenhängenden Einzelwerken unterschiedlichster Qualität und Tiefe. Der Leser findet unter anderem eine sachliche, aber größtenteils auf veralteten Quellen basierende und hölzern übersetzte Beschreibung der schwedischen Migrations- und Integrationspolitik von *Pieter Bevelander* und *Sofia Rönnqvist*, ein engagiertes Plädoyer für eine dynamischere EU-Zuwanderungspolitik von *Jakob von Weizsäcker* und einen stark politisch gefärbten, die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung rühmenden Beitrag von *Maximilian Müller-Härlin* über „Integrationsgipfel“ und den „Nationalen Integrationsplan“ in Deutschland. Ferner erfährt man etwas über Ethnizität in französischen Berufsarmeen und den Nexus zwischen Sprache, Nation und Integration in Katalonien. Das von *Wolfram Vogel* erstellte Länderprofil zu Deutschland behandelt einige Veränderungen der Integrations- und Migrationspolitik der vergangenen Jahre, bleibt bei der Analyse des für

heutige Migrationsdebatten immer noch zentralen Zuwanderungsgesetzes von 2005 leider aber fragmentarisch. Die Zuständigkeiten der mit Migrationssteuerung, Asylverfahren und Integration befassten Ministerien und Behörden werden ohne Analyse aufgelistet; der abschließende Abschnitt über politische Debatten (55f.) bleibt dann mit kaum elf Textzeilen knapp und trivial.

Leser mit eher geringen Vorkenntnissen dürften in diesem Sammelband ein durchaus hilfreiches europäisches Panorama von Problemlagen und politischen Trends der letzten Jahre in den Bereichen Integration und Migration finden. Insofern besteht der Wert dieses leicht zugänglichen, leider aber an vielen Stellen nachlässig lektorierten Werkes vor allem darin, neue Zugänge zu einem Themenbereich zu ermöglichen, der immer weiter an gesellschaftlicher Aktualität und politischer Brisanz zu gewinnen scheint und auch immer mehr akademische Disziplinen erfasst. Wer mit den hier behandelten Problemen und Entwicklungen dagegen bereits vertraut ist, kann bei *Baasner* punktuell noch Neues entdecken, findet insgesamt aber ein Buch vor, dass hinter dem gegenwärtigen Forschungsstand deutlich zurückbleibt.

*Bernd Parusel*